

POLITISCHE BILDUNG

» Politische Erwachsenenbildung in Sachsen: prekär und defizitär

Anlässlich des Sächsischen Landesforums Weiterbildung 2016 mit dem Titel „Politische Bildung stärken!“ wurde ich gebeten, eine Expertise zu erstellen zur Situation der politischen Erwachsenenbildung in Sachsen. Am 20. September 2016 wurde in Chemnitz das umfangreiche Ergebnis vorgestellt. Im Folgenden fasse ich einige wichtige Punkte zusammen.

Die weiterbildungspolitische Situation in Sachsen

Die gesetzliche Grundlage der politischen Erwachsenenbildung in Sachsen befindet sich im „Gesetz über die Weiterbildung im Freistaat Sachsen“ aus dem Jahr 1998.¹ Dort wird zwar explizit die politische Bildung genannt, aber es ist nicht zu erkennen, wie und inwieweit die Organisationen der Erwachsenenbildung ihre Planungssicherheit und die Zuverlässigkeit ihrer finanziellen Basis daraus ableiten können. Im Unterschied zu anderen Weiterbildungsgesetzen wird politische Bildung nicht als Pflichtangebot deklariert.

In dem Sächsischen Gesetz ist zudem nicht ersichtlich, wie genau die Zuschüsse an die Einrichtungen quantifiziert sind. Zwar kann es „zweckgebundene Zuschüsse zu Weiterbildungsprojekten von besonderem öffentlichem Interesse“ geben, aber nur, „wenn sich der Antragsteller angemessen an den Kosten beteiligt“ (§ 6 (2)).

Doch wer definiert wie das „besondere öffentliche Interesse“?

Unklar ist auch, welche Konsequenzen aus § 5 der „Verordnung zur Förderung der Weiterbildung“ zu ziehen sind.² Da ist die Rede von einem „Grundzuschuss“. Das ist ein Topf, aus dem allen Weiterbildungseinrichtungen der Zuschuss zu den von ihnen durchgeführten Veranstaltungen gewährt wird. Das aber würde bedeuten, dass immer unsicher ist, wie hoch die Mittel letztendlich sind, die eine Einrichtung vom Land erstattet bekommt. Es liegt sogar die Vermutung nahe, dass den einzelnen Einrichtungen weniger gezahlt wird, wenn insgesamt mehr geleistet wird. Der jeweilige Nachweis dafür ist sehr umfassend und akribisch zu führen.³ Die Mitarbeiter/innen der sächsischen Weiterbildungseinrichtungen sind daher stark in formale Arbeiten eingebunden.

Die Volkshochschulen Sachsens finanzieren sich mit 49,3 % überdurchschnittlich hoch aus den Teil-

nehmergebühren.

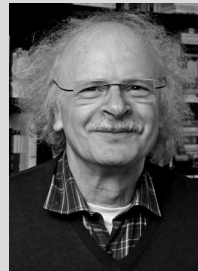
Im Vergleich dazu liegen die Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen unter 30 %.⁴ Pro Einwohner wird in Sachsen die Weiterbildung mit 5,87 € finanziert, in Niedersachsen mit 21,38 € und in Bremen mit 18,03 €. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 13,01 €.⁵

Auffallend ist zudem, dass im so bezeichneten Programmbereich „Politik – Gesellschaft – Umwelt“ in Sachsen die jüngeren Teilnehmer/innen, die 18- bis 24-Jährigen, im Vergleich mit dem Durchschnitt der anderen VHS-Landesverbände unterrepräsentiert sind.⁶

In der Bundesrepublik gibt es in 14 Bundesländern Bildungsurlaubsgesetze – nur in Bayern und Sachsen nicht. In den anderen Ländern ist politische Bildung Teil dieser Gesetze.

Bei der Frage, ob an den Universitäten Sachsens überhaupt politische Bildung gelehrt und über sie geforscht wird, ist weitgehende Fehlanzeige zu vermelden. Es gibt in der Bundesrepublik 47 Professuren für politische Bildung – nur eine einzige in Sachsen, und zwar in Dresden.⁷

Ein Indikator für die Weiterbildungsbeteiligung ist die Zahl der Weiterbildungsangebote pro Einwohner; in der Regel gemessen an 1.000 Einwohnern. Der Bundesdurchschnitt für die öffentlichen Weiterbildungsangebote liegt bei 6,90, in Sachsen bei 3,59.⁸ Die politische Bildung konzentriert sich



Dr. rer. pol. phil. habil.
Klaus-Peter Hufer

außerplanmäßiger
Professor an der Fakultät
Bildungswissenschaften der
Universität Duisburg-Essen
Klaus-Peter.Hufer@
t-online.de



¹ Gesetz über die Weiterbildung im Freistaat Sachsen (Weiterbildungsgesetz – WbG) vom 29. Juni 1998. Rechtsbereinigt mit Stand vom 1. August 2008.

² Vgl. Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Förderung der Weiterbildung (Weiterbildungsverordnung – WbFöVO) vom 15. Oktober 2008.

³ Vgl. a. a. O., § 12.

⁴ Huntemann, H./ Reichart, E. (2015): Volkshochschul-Statistik: 53. Folge, Arbeitsjahr 2014. Bonn, S. 59 (www.die-bonn.de/doks/2015-volkshochschule-statistik-36.pdf).

⁵ A. a. O., S. 21.

⁶ A. a. O., S. 36.

⁷ <http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/politischebildung/200244/professuren-und-forschungseinrichtungen>

⁸ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2016): Deutscher Weiterbildungsatlas. Teilnahme und Angebot in Kreisen und kreisfreien Städten. Gütersloh, S. 67.



Parteien werben in Chemnitz um die Aufmerksamkeit der Bürger/innen

im Wesentlichen auf die Großstädte, vor allem auf Dresden.

Das System der politischen Erwachsenenbildung in Sachsen

Das Weiterbildungssystem des Freistaats Sachsen umfasste im Jahr 2012 26 Einrichtungen der Weiterbildung, die mit Landesmitteln durch das Staatsministerium für Kultus gefördert werden, darunter als größtes Kontingent 18 Volkshochschulen. Einige davon haben keine politischen Bildungsangebote in ihren Programmen.⁹ An die Einrichtungen ausbezahlt wurden im Jahr 2012 5.434.315,29 €.

Deutlich wird die eigentlich prekär zu nennende Situation durch einen Vergleich mit einem anderen Bundesland. In Nordrhein-Westfalen z.B. wurden im Jahr 2015 die Einrichtungen der Weiterbildung vom zuständigen Ministerium für Schule und Weiterbildung mit 90.813.300 € gefördert.¹⁰ Erweitert man die oben genannte Summe des Landes Sachsen vom Jahr 2012 auf 2015 und nimmt eine Steigerung auf ca. 6 Millionen € an, dann ergibt sich folgende Relation: Sachsen hat ca. 4 Millionen Einwohner, Nordrhein-Westfalen 17,6 Millionen.¹¹ Wenn der finanzielle Standard von Nordrhein-Westfalen – übrigens ein nicht mehr allzu wohlhabendes Bundesland – erreicht werden sollte, dann müssten die Landesmittel für die Weiterbildung in Sachsen ca. 20,6 Millionen € pro Jahr betragen.

Die Lage vor Ort: Politische Erwachsenenbildung in Sachsen aus Sicht der Akteure

Um ein unmittelbares Bild von der Situation der politischen Erwachsenenbildung in Sachsen zu bekommen, führte ich vor Ort Interviews mit sechs Leitern und pädagogischen Mitarbeitern unterschiedlicher Einrichtungen der Erwachsenenbildung durch.

Dabei wurde als besonders problematisch die mangelhafte Finanzierung der Arbeit genannt. Typische Aussagen waren: „Politische Bildung ist nicht kostendeckend durchzuführen, ohne Querfinanzierung ist es nicht möglich.“ „Es gibt keine Planungssicherheit.“ „Die Förderung durch das Land ist sehr gering: ca. 160 € für eine Fachtagung, aber ein Fachtag kostet 6.000–8.000 €, Vorfelderkundungen, Kontakte etc. sind nicht förderungsrelevant.“

Stark kritisiert wurde die Landespolitik. Es war die Rede von einer „Arroganz der Macht“. Und: „Man hat den Eindruck, da irgendwo als Bittsteller zu kommen und nicht auf Augenhöhe zu reden.“

Geklagt wurde über den erheblich großen bürokratischen Aufwand; dieser habe stark zugenommen.

Mit Skepsis wurden die politischen und gesellschaftlichen Probleme in Sachsen betrachtet: „Die Menschen nehmen unsere Gesprächsangebote nicht an.“ „Ich bin der Meinung, dass das Verständnis für politische Bildung in Sachsen ein ganz anderes ist, als es in einigen westlichen Bundesländern der Fall ist.“ „Es gibt eine Abwehrhaltung gegen politische Bildung, die alte Staatsbürgerkunde ist vielfach die erste Assoziation.“

Dringender Handlungsbedarf

Diese nur gekürzte Wiedergabe der Expertise zeigt, dass der Handlungsbedarf groß ist. Gerade in Sachsen, das ja in unrühmliche Schlagzeilen geraten ist, wäre politische Bildung dringend notwendig. Sicherlich ist sie keine Feuerwehr für gesellschaftspolitisch verursachte und mit anderen Mitteln zu lösende Probleme. Aber politische Bildung kann Foren der Begegnung stiften, kann einen Beitrag leisten für den Abbau von Vorurteilen und Ressentiments sowie zur Akzeptanz anderer Lebensentwürfe und Zielvorstellungen als die jeweils eigenen.

⁹ Übersicht über die Förderung der anerkannten Weiterbildungseinrichtungen, Förderjahr 2012 (nach einer Übersicht des Staatsministeriums für Kultus).

¹⁰ Haushaltsplan 2015, Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, www.haushalt.fm.nrw.de/daten/hh2015.ges/Start.html [14.7.2016].

¹¹ Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2016): Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 14.